

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abdruck ist nur mit Genehmigung der Redaktion und Bestätigung des Verlegers zulässig. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen.



Abdruck ist nur mit Genehmigung der Redaktion und Bestätigung des Verlegers zulässig. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inhaber: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 79.

Mittwoch den 6. April 1921.

80. Jahrgang.

Umtlicher Teil.

Grumbach.

Bis 8. April 1921 ist das Pflichtgeld und bis 15. April 1921 der 1. Termin Gemeindegeldsteuer in den Vormittagsstunden an die hiesige Ortssteuerkasse abzuführen. Nach Fristablauf erfolgt kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.

Grumbach, am 4. April 1921.

Der Gemeindevorstand

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Vereinigten Staaten haben Deutschland mitgeteilt, daß sie mit Interesse neuen deutschen Vorschlägen über die Wiedergutmachungsfrage entgegenstehen.
- Die Reichsregierung hat die Zwangsbewirtschaftung von Zeitungspapier aufgehoben.
- Auf die Ergreifung von Maßnahmen der kommunistischen Kulturbewegung sind 100.000 Mark Beschlagnahme ausgesprochen worden.
- Die Berliner Zeitungsarbeiter beschließen, am Tage der Beerdigung des erschossenen Kommunistenführers Eult einen 24stündigen Streik auszuführen.
- Die Tränen unter Kemal Pascha haben den griechischen Truppen eine erhebliche Niederlage beigebracht.
- Die Konkurrenz der aus der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgegangenen Staaten wird in Rom zusammengebracht.
- Die Rechte der im Schachweltkampf Kasparow-Kaplanowitsch endete wiederum nach 23 Zügen unentschieden.

Ein Anfang.

Von den bisherigen „Verhandlungen“ Harding's, des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, soweit sie an die Adresse der außeramerikanischen Völker gerichtet waren, läßt sich wohl im allgemeinen mit Recht sagen, daß sie alles andere als Überraschungen gebracht haben. Der nachfolgende Witzenspruch ist allen europäischen wie allen internationalen Fragen gegenüber freie Hand zu wahren, und er hätte es, wenn es nach ihm gegangen wäre, wohl auch jetzt noch dabei belassen, wenn nicht der ihm auf den Hals geschickte Sonderbesuch aus Frankreich dazu genötigt hätte, aus der bisherigen Reserve etwas herauszugeben. Man weiß, daß Herr Viviani, der Vertrauensmann des französischen Präsidenten, in Washington vielerlei gewichtige Anliegen vorgebracht hat, und man weiß auch, daß er mit ihnen im Weichen Gange vorläufig nur recht geringe Gegenliebe gefunden hat. Darüber hat es in Paris natürlich schon jämerliche Enttäuschungen gegeben, und so bezieht sich Herr Harding, die Welt wissen zu lassen, daß er bei seinen Verhandlungen gegenüber den Anbiedereyen Vivianis durchaus nicht etwa von freundschaftlichen Gefühlen für Deutschland geleitet werde. Im Gegenteil. Daß Deutschland verpflichtet sei, seine völlige moralische Verantwortung für den Krieg anzuerkennen und daraus alle materiellen Konsequenzen zu ziehen, bis zur Grenze seiner äußersten Leistungsfähigkeit, das unterliegt auch nach Auffassung der Regierung der Vereinigten Staaten nicht dem geringsten Zweifel. Überflüssig und tiera wäre es, Amerika zu unterstellen, daß es Deutschland dabei helfen wolle, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Solche Versicherungen läßt man in Frankreich immer gern. Sie tun den Herzen der Sieger wohl, auch wenn ihre rein platonische Bedeutung für jeden Kenner der Verhältnisse auf der Hand liegt. Sie tritt um so deutlicher hervor, wenn man annimmt, daß zu gleicher Zeit von der gleichen Stelle die Notwendigkeit betont wird, die von Deutschland zu leistende Entschädigung durch ein angemessenes und gerechtes Verfahren festzustellen. Daß die in Paris wie in London beliebten Methoden weder angemessen noch gerecht sind, daß die „Sanktionen“ einen Beweistakt darstellen, dessen Sinnlosigkeit jetzt bereits seinen Werten die ärgsten Hoffschämungen verursacht, das ist in Washington seinen Augenbild verkannt worden. So lange wenigstens nicht bekannt worden, als man sich dort frei fühlte von dem französischen Druck, der in London auch sonst verständliche Männer um ihre Überlegenheit brachte. Schlimm wäre es freilich, wenn es Herrn Viviani jetzt gelänge, die gleiche Wirkung auch der verantwortlichen amerikanischen Regierung gegenüber zu erzielen. Daran möchten wir aber bis auf weiteres nicht glauben.

Es trifft sich eigentümlich, daß die eben besprochene amtliche Erklärung von Washington mit Gerüchten über amerikanische Vermittlungsabsichten in der deutschen Entschädigungsfrage zusammenfällt. Wenn nicht alles täuscht, ist hier wieder einmal aus einer Rinde ein Elefant gemacht worden. Es handelt sich zunächst um nichts weiter als um die Übergabe einer Art Denkschrift der deutschen Regierung an die Vereinigten Staaten, worin der Mißerfolg der Londoner Konferenz beklagt, dieser Ausgang auf die Art, wie Frankreich alle deutschen Vorschläge behandelt habe, zurückgeführt und hinzugefügt wird, daß nach deutscher Auffassung nur die Aufnahme einer internationalen Anleihe die Welt aus der Sackgasse herauszuführen könne, in der man sich verirrt habe. Die deutsche Forderung allein könne das bis auf den Grund erschütterte finanzielle Gleichgewicht der Staaten unmöglich wieder in Ordnung bringen, zumal wenn es noch weiterhin in den

Fesseln des Versailler Vertrages gefangen gehalten werde. Überdies erklärte es sich bereit, den unparteiischen Schiedspruch internationaler Sachverständiger auf sich zu nehmen, wie immer er auch ausfallen möge. Im äußersten Falle wäre es dann sogar bereit, die Schulden der Alliierten an Amerika zu übernehmen — ein Kapitel, das bekanntlich den Franzosen große Sorgen macht und mit zur Entsendung von Viviani nach Washington geführt hat. Diese Denkschrift der deutschen Regierung ist vom amerikanischen Kabinett mit Dank zur Kenntnis genommen worden, und es scheint, daß man in Berlin zu verstehen gegeben habe, weitere deutsche Vorschläge mit Interesse entgegenzunehmen zu wollen, ehe man sich endgültig entscheide.

Für Herrn Harding bedeutet dieser Schrift- und Notenwechsel den Anfang seiner Demosklierung gegenüber den drängenden Fragen der Welt. Nicht lange mehr, und der amerikanische Kongreß tritt zu seiner entscheidenden Sitzung zusammen, in der schließlich so oder so Farbe bekannt werden muß. Es wäre ein Segen für die Menschheit, wenn das amerikanische Staatsoberhaupt den ernsthaften Versuch machen wolle, über die furchtbaren Geansätze in Europa eine tragfähige Brücke zu schlagen. Wer den ersten Versuch dazu unternähme, würde in Europa selbst sehr bald an namhaften Stellen wirksame Unterstützung erfahren.

Amerika als Vermittler.

Deutsche und amerikanische Denkschriften.

In der Pariser Presse sind entsetzte Nachrichten über den Gehalt des deutsch-amerikanischen Meinungsaustausches wegen der Frage der Reparation veröffentlicht worden, die der Reichsregierung jetzt Anlaß geben, den vollen Wortlaut der Memoranden bekanntzugeben. In dem amerikanischen Memorandum heißt es:

Die amerikanische Regierung ist erfreut, aus Dr. Simons' informellem Memorandum in unvorsichtiger Weise den Wunsch der deutschen Regierung zu erfahren, Reparation bis zur Grenze der Zahlungsfähigkeit zu leisten. Die amerikanische Regierung hält ebenso wie die alliierten Regierungen Deutschland für den Krieg verantwortlich und daher moralisch verpflichtet, Reparation zu leisten, soweit dies möglich sein mag. Die Anerkennung dieser Verpflichtung, wie sie das Memorandum in sich schließt, scheint der Regierung der Vereinigten Staaten als die einzige gesunde Basis, auf der ein gesicherter und gerechter Friede hergestellt werden kann, unter dem die verschiedenen europäischen Nationen wieder zu wirtschaftlicher Stabilität gelangen können. Die amerikanische Regierung glaubt, in dem Memorandum den aufrichtigen Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen, Verhandlungen mit den Alliierten auf einer neuen Basis zu eröffnen und hofft, daß derartige Verhandlungen einmal wieder aufgenommen, zu einer klugen Regelung führen mögen, die gleichzeitig den gerechten Ansprüchen der Alliierten Genüge leisten und Deutschland erlauben, hoffnungsvoll seine produktive Tätigkeit wieder zu beginnen.

Die deutsche Regierung betont in ihrer Denkschrift folgendes: Deutschland würde sich nicht weigern, in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit die Verzinsung und Tilgung der Verbindlichkeiten einzelner Alliierten zu übernehmen, wenn dies von den Alliierten und deren Verbündeten selbst gewünscht werden sollte. Deutschland erklärt sich aber auch ausdrücklich bereit, jedem anderen Vorschlag sich anzuschließen, der geeignet erscheint, die Entwirrung des europäischen Wirtschafts- und Finanzproblems herbeizuführen. Es wird hierbei die Prüfung seiner eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit gern dem Urteil unparteiischer Sachverständiger unterstellen. Deutschland glaubt, daß die ungeheuren Schäden, die der Weltkrieg angerichtet hat, die ungeheure Schuldenlast, die alle beteiligten Staaten zu tragen haben, nicht auf die Schultern eines einzigen Volkes gelegt werden können. Es glaubt, daß die Wiederaufrichtung des internationalen Wirtschaftslebens auch nicht durch eine Politik der Gewalt und der Drohungen, sondern nur im Wege friedlicher Auseinandersetzung und Verständigung zu erreichen ist. Die deutsche Regierung legt Wert darauf, mit allem Nachdruck zu versichern, daß sie zu ihrem Teil ehrlich gewillt ist, diesen Weg zu gehen.

Die kleine Entente gegen Karl IV.

Absperrung Ungarns und Rohlmachung. Trotz aller die Abreise des Habsburgers aus Steiermarker fast kühnlich meldenden Nachrichten scheint der frühere Kaiser sich recht viel Zeit zu lassen. Neuerdings wird seine Erkrankung als Hinderungsgrund für die Be-

endigung des Abenteurers ins Feld geführt, andere Mitteilungen besagen einfach, er wolle nicht weichen und bestehle darauf, die Geschicke Ungarns in die Hände zu nehmen. Die Haltung der Dubascher Regierung ist in mehrwöchiges Dunkel gehüllt. Sie, die sonst doch recht entschlossen gegen politische Gegner vorgehen verstand, hat alle Energie verloren und soll ratlos sein. Die angrenzenden Staaten, die sich in Mitteldeutschland gezogen fühlen, wollen diesen Entschließungsmanier nicht mehr länger mitmachen, sie richten, wie es heißt, eine gemeinsame Note nach Budapest, in dem die sofortige Entsendung Karls recht deutlich gefordert wird.

Die gemeinsame Note der Regierungen der Tschechoslowakei, Serbiens und Rumaniens verlangt, daß König Karl bis Donnerstagabend spätestens nach ungarische Gebiet verläßt. Für den Fall, daß diesem Verlangen nicht nachgegeben wird, kündigt die Note an, daß sofort mit energischen Maßnahmen vorgegangen wird. Nach dieser Richtung hin ist die vollkommene Absperrung Ungarns vom Verkehr und die Mobilisation vorbereitet.

Die Tschechoslowakei hat vorläufig die Einberufung von zwei Jahrgängen in Aussicht genommen. Die Note der kleinen Ententemächte verlangt ferner, daß Ungarn nunmehr Anstalten macht, die Bedingungen des Friedensvertrages von Trianon auszuführen, insbesondere das Burgenland an Deutsch-Osterreich abzutreten. Endlich wird in der Note die ungarische Regierung darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die dynastische Frage in Ungarn endgültig zu regeln.

Der tschechoslowakische Minister des Außern, Dr. Beneš, äußerte sich auf die Anfrage eines Pariser Blattes wie folgt: Die tschechoslowakische Republik wird Garantien gegen die Wiederschlag der jetzigen Ereignisse verlangen. Allen denen, die an diesem Abenteuer irgendeinen Anteil gehabt haben, muß zu verstehen gegeben werden, daß solche verdreherischen Versuche nicht ohne Sanktionen bleiben können. In dieser Hinsicht sind wir mit unsern Freunden der kleinen Entente einig. In der Slowakei sind alle notwendigen militärischen Maßnahmen bereits getroffen. Wenn bis zum nächsten Donnerstag das Abenteuer nicht endgültig zu Ende gegangen ist, werden die ersten von uns beschlossenen Maßnahmen zur Anwendung gelangen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verkehrte Exporterfahrungen.

Wie aus England gemeldet wird, hat der Verein der Exporteure und Importeure in Manchester dem englischen Premierminister und den Ministern für Finanz und Handel erklärt, daß die deutsche Exportabgabe sehr wahrscheinlich ihren Zweck nicht erreichen wird; entweder würde Deutschland den Export nach England einstellen, oder die deutschen Geschäftsleute würden einen doppelten Preis für ihre Waren verlangen und dadurch die Exportabgabe umgehen oder schließlich würden die Deutschen Verzehrung an deutsche Banken verlangen, bevor sie Waren liefern. In jedem Falle werde die Exportabgabe ein völliger Fehlschlag sein.

Schweden.

Das Schicksal der Alandsinseln. Nach einer Meldung aus Paris beschäftigt die Kommission, die im Auftrag des Völkerbundes die Alandsfrage behandelt, den Vorschlag zu machen, daß Finnland die Souveränität über die Alandsinseln behält unter der Bedingung, daß die Inselgruppe Selbstverwaltung in höherem Maße erhält als die finnische Regierung bisher bewilligt hat. Alle militärischen Verteidigungswerke auf den Alandsinseln müssen beseitigt werden.

Frankreich.

Entvölkerung der französischen Provinz. Aus dem in den französischen Zeitungen vorliegenden Ergebnis der Volkszählung geht hervor, daß einzelne Städte wie Lyon, Dijon und Metz während des Krieges infolge des Zugzuges von außen zugenommen haben, daß aber die Bevölkerung in der Provinz ziemlich stark zurückgegangen ist und zwar im allgemeinen um 10 Prozent.

Türkei.

Schwere Niederlage der Griechen. Nach Meldungen aus Smyrna haben die Türken den griechischen Vormarsch zum Stehen gebracht. Die griechischen Verluste übersteigen 200 Mann, die Verbändeplätze sind überfüllt. Der Mißerfolg der Griechen vor Eskişehir wurde durch einen Seitenangriff der Türken von der Bahusale südwestlich dieses wichtigen Knotenpunktes hervorgerufen. Die Widerstandskraft der griechischen Front erscheint im Zentrum gefährdet.